
Wolfgang Lienemann

Kein mythisches Schicksal: Atomfreiheit neu herstellen

Seit der amerikanische Präsident Eisenhower im Dezember 1953 mit seinem Programm „Atome für den Frieden“ die weltweite zivile Nutzung der Kernenergie einleitete, hat die damit begründete neue Technologie einen in der Technikgeschichte wohl einmaligen Siegeszug angetreten. Weltweit arbeiten derzeit über 200 Kernkraftwerke, mehr als die doppelte Anzahl befindet sich im Bau oder ist bestellt. Die USA gewinnen bereits 13 Prozent ihrer Elektrizität aus Kernkraftwerken, und die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) versichert, daß am 8. Januar dieses Jahres, nach dem Kälteeinbruch in Norddeutschland, ohne Kernenergie die Stromversorgung mit hoher Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen wäre. Eine große Wegstrecke ins Atomzeitalter haben wir also schon hinter uns, und ob

es noch ein Zurück oder einen anderen Weg gibt, ist zumindest ungewiß.

Anhörungen wie jüngst in Hannover zur Frage einer Entsorgungsanlage in Gorleben sind aber nur sinnvoll, wenn sie Entscheidungen vorbereiten und nicht nachträglich legitimieren sollen, was längst beschlossen oder aufgrund technischer Erfordernisse ohnehin notwendig ist. Wer in Sachen Nuklearenergie A sagt, muß nicht nur B sagen, sondern bereit sein, das ganze Alphabet durchzugehen: Wer materielle Wohlfahrt durch stetiges Wirtschaftswachstum sichern will, muß auch steigenden Energieverbrauch einplanen und gleichzeitig versuchen, Erdöl zu sparen. Kohle und Kernenergie werden darum von allen Parteien, von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden in der Bundesrepublik favorisiert. Aber nur die Einführung von Brutreaktoren würde nach Auffassung der meisten Experten erlauben, die Uranvorräte auf etliche Jahrhunderte zu strecken; andernfalls gehen sie etwa in demselben Zeitraum zur Neige wie das Erdöl. Wer aber die vorhandenen Leichtwasserreaktoren kontinuierlich durch Brüter ersetzen will, kommt an der Plutonium-Rückgewinnung nicht vorbei. Außer im Falle von Hochtemperaturreaktoren führt dieser Weg bei wachsendem Stromverbrauch mit innerer Logik zur Notwendigkeit eines Entsorgungszentrums.

Bis zum Unfall bei Harrisburg konnte man vermuten, daß die öffentliche Zustimmung zu diesem Weg genau in dem Maße wachsen würde, wie die Angst vor der Arbeitslosigkeit die Angst vor der Radioaktivität verdrängte. Wenn Harrisburg in den kommenden Wochen und Monaten nicht der menschlichen Vergeßlichkeit anheimfällt, könnte ein Prozeß einsetzen, in dem die Prämissen der jetzigen Energiepolitik noch einmal überdacht werden. Dies setzt freilich voraus, daß man Entscheidungsmöglichkeiten bewußt offenhält und sich zugleich klarmacht, daß schon jetzt der Zugzwang ständig wächst. Jede Mark, die in Kalkar investiert wird, und jedes neue Brennelement, das in einen Reaktor eingeführt wird, machen eine heute vielleicht noch denkbare Entscheidung gegen ein Entsorgungszentrum mit Wiederaufarbeitung zunehmend schwieriger. Dabei macht sich eine Eigengesetzlichkeit der Entwicklung geltend, die auf Nicht-Entscheidungen und der Hinnahme technischer Erfordernisse beruht. Von „Atome für den Frieden“ bis zum Beschluß über den Baubeginn in Kalkar ging es Schritt für Schritt in eine nukleare Zukunft, deren weitgehende Bestimmtheit durch die vorausliegenden Schritte sich in der Regel erst nachträglich enthüllt hat.

Aber muß man von grundlegenden Entscheidungen im demokratischen Rechtsstaat nicht erwarten, daß sie nicht nur nachträglich absegnen, was ohnehin vorgezeichnet ist, sondern daß sie zwischen wirklichen, offenen Möglichkeiten getroffen werden? Ob das Gorleben-Hearing mehr war als eine Veranstaltung zur Beschwichtigung kritischer Stimmen, wird sich daran entscheiden,

ob die Bereitschaft entsteht, nach der zunächst fälligen „Phase schweigenden Nachdenkens“ (C. F. v. Weizsäcker) eine offene Entscheidungssituation herzustellen – also das Gegenteil des üblichen „Hinhören und Weitermachen“, das den „Bürgerdialog Kernenergie“ auszeichnete.

Um die Wahl zwischen Alternativen wirklich offenzuhalten, müssen mindestens drei Bedingungen erfüllt werden: Die bisher übliche Schaffung vollendeter Tatsachen durch eine Vielzahl oft voneinander zunächst unabhängig getroffener Entscheidungen muß aufhören; insbesondere darf kein künstlicher Zeitdruck für energiepolitische Entscheidungen erzeugt werden. – Die Benachteiligung alternativer Energiestrategien durch die einseitige Förderung „harter“ Technologien sollte der Herstellung fairer Vergleichs- und Konkurrenzmöglichkeiten weichen; dazu ist vermutlich weniger eine stärkere staatliche Förderung notwendig als der Abbau der Subventionen für die Kernenergie-Industrie. – Risiken und Chancen verschiedener Energiestrategien müssen offen diskutiert werden; darum erscheint mir die allgemeine Zugänglichkeit der Unterlagen für das Gorleben-Projekt unverzichtbar. Das von den Laien erwartete Vertrauen in den Sachverstand von Wissenschaft und Industrie begründet zumindest ein Recht auf umfassende Information. (Im übrigen ist es gar nicht unwahrscheinlich, daß gerade die geheimsten Unterlagen das Schicksal der Pentagon-Papiere trifft, wenn die moralischen Bedenken der Geheimnisträger wachsen.)

Um Informationen zu verarbeiten und zu bewerten, braucht man Zeit. Wenn es in der Bundesrepublik Deutschland noch eine Chance für eine Energiepolitik gibt, die nicht gegen einen breiten Widerstand mit den Mitteln staatlicher Gewalt durchgesetzt werden muß, dann bedarf es nicht nur einer ganzen Reihe von weiteren Gorleben-Hearings, sondern ebenso einer umfassenden Information über die Möglichkeiten von „sanften“ Energietechnologien. Es stünde den Kirchen in dieser Situation nicht schlecht an, beharrlich davor zu warnen, daß ständig weitere nuklearpolitische Tatsachen geschaffen werden; denn wir haben genug Zeit, um gründlicher als je zuvor über Alternativen nachzudenken, bevor wir weiter in die vielleicht schon vergangene Zukunft der Kernenergie taumeln.

Freilich ist mit Warnungen allein wenig gewonnen. Das beste Argument gegen immer höheren Energieverbrauch und die damit begründete Unabdingbarkeit von Kernenergie ist der praktische Nachweis, daß es auch anders geht. Mit dem Energiesparen ist es darum wie mit dem Frieden: Beide beginnen zu Hause. Und beide Aufgaben setzen geduldiges Lernen und politische Phantasie voraus. Etwas umweltfreundliches Papier allein tut's nicht, sondern man muß schon einen Architekten und einen Ingenieur um Rat bitten. Sollte es undenkbar sein, daß eine Synode Maßnahmen beschließt, die gestatten, daß in zehn Jahren der Heizölverbrauch in allen kircheneigenen Gebäuden halbiert wird und der

Stromverbrauch mindestens konstant bleibt?
Technisch ist dergleichen realisierbar.

Es geht vermutlich bei solchen Ansätzen gar nicht um Verzicht, sondern um die Befreiung von einer Fülle von vermeintlichen Sachzwängen, ohne die es sich eigentlich besser leben läßt. Nicht Einschränkung, aber freiwillige Selbstbegrenzung im Energiekonsum bedeutet zugleich, nicht immer höhere Vorsorgeleistungen von Staat und Wirtschaft zu erwarten. Wer gelernt hat, mehr für sich selbst zu sorgen, braucht weniger zu fürchten, daß der Staat ihm immer mehr nimmt, um es immer neu zu verteilen. Selbstbegrenzung erweist sich nachgerade als eine Bedingung der Freiheit des Bürgers.

Selbstbegrenzung ist das Gegenteil von Steigerung. Die Macht des Atoms war seit 40 Jahren eine Macht permanenter Steigerung – zuerst des Mordpotentials, dann, vielleicht um für den ersten Sündenfall zu büßen, des industriellen Produktionspotentials. Die Planungen übersteigen in beiden Fällen alles bisher bekannte menschliche Maß, denn sie greifen in Zukünfte aus, die die überlieferte menschliche Vorstellungskraft sprengen. Und beide, das Mord- wie das Produktionspotential, werden sich nie trennen lassen, denn wer die friedliche Nutzung des Atoms beherrscht, kann es jederzeit auch als Zerstörungsmacht einsetzen. Im Atomzeitalter gibt es vor dieser Gefahr nie einen zuverlässigen Schutz.

Manche behandeln darum die Atomenergie wie einen Mythos: Die Büchse der Pandora lasse sich nicht wieder schließen. Die Kirche Christi sollte es aber besser wissen, denn sie kann und muß die Menschen auf ihre Entscheidungen, Handlungen und deren Folgen ansprechen, die sie zu verantworten haben. Auf Atomenergie zu setzen, ist keine Naturnotwendigkeit und kein mythisches Schicksal, sondern eine Entscheidung, zu der ein Wille nötig ist, der sittlicher Beurteilung unterliegt. Ebenso bedarf es eines starken Willens und moralischer Kraft, eine an sich mögliche Handlung nicht zu vollziehen. Wenn es um die sittliche Qualität von freien Handlungen geht, müssen darum der Christ und seine Kirche die entschuldigenden Hinweise auf angebliche Zwangsläufigkeiten und Eigengesetzlichkeiten zurückweisen und auf der Frage beharren, ob es sinnvolle Alternativen gibt, und unter welchen Bedingungen jener entwichene Geist des Atoms vielleicht doch wieder in die Büchse der Pandora sicher zurückgebracht werden kann. Daher muß auch die Frage erlaubt sein, ob jene Epoche der Machtsteigerung an ihr Ende gekommen oder zu beenden sei – jene Epoche, deren Merkmal Hobbes beschrieb als „ein ständiges und ruheloses Begehren nach Macht um Macht, das erst im Tode endet“.